

<https://www.aargauerzeitung.ch/leben/menschenhandel-gefaehrlicher-weg-gefluechtete-frauen-sind-schutzlos-und-ausbeutbar-ld.2263231>

«Ukrainerinnen auf der Flucht sind höchst bedroht, Opfer von sexualisierter Gewalt oder Menschenhandel zu werden»

Über drei Millionen Menschen sind seit Kriegsbeginn aus der Ukraine geflohen. Die meisten von ihnen sind Frauen und Kinder. Auf der Flucht drohen ihnen sexualisierte Gewalt oder Menschenhandel, sagt eine Expertin.

Annika Bangerter

Weg von den Bomben, weg vom Krieg, weg vom Gräuel: Hunderttausende Ukrainerinnen verlassen mit ihren Kindern ihr Land. Doch mit dem Grenzübertritt sind sie nicht in Sicherheit, sagt Lelia Hunziker, Geschäftsleiterin der Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration FIZ.

Es fliehen vor allem Frauen und Kinder aus der Ukraine. Wie gefährdet sind sie, ausgebeutet zu werden?

Wer sich auf der Flucht befindet, ist auf Hilfe angewiesen. Sei dies beim Grenzübergang oder unterwegs auf der Fluchtroute. Ukrainische Geflüchtete haben ein Schengen-Visum. Im Gegensatz zu aussereuropäischen Schutzsuchenden können sie immerhin legal die Grenze überqueren. Aber aufgrund unserer Erfahrung wissen wir: Frauen und Kinder auf der Flucht sind immer höchst bedroht, Opfer von sexualisierter Gewalt oder Menschenhandel zu werden.

Sie stehen mit Partnerorganisationen vor Ort in Kontakt. Sind bereits Fälle bekannt?

Ja, wir arbeiten mit unseren Partnerinnen aber noch an einer Übersicht. Wir erwarten, dass mit zunehmender Kriegsdauer auch die Opfer zunehmen werden. In den ersten Kriegstagen sind vor allem Menschen mit ihren Autos geflüchtet und solche, die bei Angehörigen oder Bekannten im Ausland unterkamen. Nun folgen sozial schlechter gestellte Menschen, die zum Teil keine Fremdsprache sprechen und vom Krieg schon stärker traumatisiert sind. Das macht uns grosse Sorgen. Je vulnerabler die Geflüchteten sind, umso gefährdeter sind sie.

Wo sind Flüchtende besonders gefährdet?

Übergangsorte wie Grenzen oder Bahnhöfe sind heikel. Besonders entscheidend ist aber, welchen Schutz die aufnehmenden Staaten bieten können. Diesbezüglich beunruhigt uns die Situation in Moldau sehr. In das ärmste Land Europas sind tausende Ukrainerinnen geflüchtet. Sie sind grösstenteils auf die Unterstützung des Staates und die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung angewiesen. In einer armen Region ist die Hilfe eine riesige

Herausforderung. Das macht Geflüchtete schutzlos und ausbeutbar. Ähnliches haben wir schon in Griechenland beobachtet.

Inwiefern?

Erhalten Geflüchtete in Griechenland einen Schutzstatus, müssen sie die Aufnahmezentren verlassen und verlieren dadurch ihre Unterkunft. Sie erhalten auch keine finanzielle Unterstützung. Verdienstmöglichkeiten sind rar. Die meisten landen daher auf der Strasse. Wir betreuen zahlreiche Frauen, denen in Griechenland ein Dach über dem Kopf gegen Putzarbeiten angeboten wurde. Dadurch gerieten sie in eine Abhängigkeit. Sie durften plötzlich die Wohnung nicht mehr verlassen, wurden sexuell ausgebeutet oder zur Prostitution gezwungen.

Was wird aktuell getan, um Ukrainerinnen davor zu warnen?

Wir sind Teil eines Netzwerkes, das vor Ort, entlang der Fluchtrouten und in den Ankunftsändern auf die Gefahren hinweist. Dafür verteilen wir und unsere Partnerorganisationen Flyer an flüchtende Frauen und bieten Beratungsgespräche per Telefon oder vor Ort an. Ein enger Austausch ist zentral. Unser Ziel ist es, ein Monitoring entlang der gesamten Fluchtroute aufzubauen.

Haben sich Betroffene bereits bei der Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration gemeldet?

Nein, das dauert in der Regel länger. Aktuell befinden sich die Frauen auf der Flucht. Kommt es zu einer Ausbeutungssituation, müssen sie sich daraus erst befreien. Aber scheinbar gibt es auf einschlägigen Seiten schon Annoncen für ukrainische Frauen.

Die Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine ist gross. Viele Private bieten eine Unterkunft an. Die Flüchtlingshilfe verlangt, dass sie einen Strafregisterauszug vorlegen müssen. Reicht das?

Das ist das Minimum. Die private Aufnahme ist sehr wertvoll, aber ich sehe auch den Staat in der Pflicht. Freiwillige müssen bei ihrem Engagement eng begleitet werden. Es ist anspruchsvoll, sich um traumatisierte Menschen zu kümmern. Dazu kommt, dass bei geteiltem Wohnraum immer unterschiedliche Bedürfnisse ausgehandelt werden müssen. Deshalb braucht es seitens des Staates Unterstützung – sei dies, um längerfristige Unterbringen in mittelgrossen Zentren oder kleineren Wohnungen zu organisieren oder um Private zu begleiten.

Hat die FIZ bereits vor dem Krieg Opfer aus der Ukraine oder aus den angrenzenden Ländern wie Moldawien, Rumänien oder Polen beraten?

Ja, unsere Klientinnen kommen aus fast allen Ländern. Bis vor einigen Jahren stammten relativ viele Opfer aus der Ukraine. Ihre Zahl hat inzwischen abgenommen, was zeigt, dass es dem Staat besser ging. Armut ist ein zentraler Faktor für Migration und prekäre Situationen. Aktuell beraten wir am meisten Frauen aus Nigeria, Rumänien und Ungarn.

Nach Rumänien und Ungarn sind Tausende Ukrainerinnen geflohen. Fürchten Sie, dass bereits bestehende kriminelle Banden nun aktiv werden und diese Frauen etwa mit falschen Versprechen anzulocken versuchen?

Oft sind es Einzelpersonen, welche die Not der Frauen ausnutzen, indem sie ihnen vermeintliche Hilfe anbieten, aber auch kleinere, flexibel agierende Netzwerke. Wie beim Beispiel Moldau angesprochen, ergeben sich solchen Tätern viel mehr Möglichkeiten, wenn der Staat den Frauen keinen oder nur einen geringen Schutz bietet. Das befürchten wir längerfristig auch für Rumänien oder Ungarn.

Was benötigen Opfer von Menschenhandel, wenn sie in der Schweiz ankommen?

Sie brauchen eine spezialisierte Unterbringung; die Bundesasylzentren sind keine sicheren Orte für Frauen und Kinder. Unser Projekt Menschenhandel und Asyl hat gezeigt: Auf allen Fluchtrouten ist die sexualisierte Gewalt ein grosses Problem. Praktisch jede Frau, die über Libyen geflohen ist, hat schwerste sexuelle Gewalt erlebt. In der Schweiz meldet sich aber kaum je eine Betroffene bei einer Beratungsstelle.

Was sind die Gründe?

Sie sind oft zu stark traumatisiert, um sich Unterstützung zu suchen. Deshalb sind die Betreuungspersonen, Rechtsvertretungen sowie auch das Staatssekretariat für Migration gefordert, sie als Opfer von Menschenhandel zu identifizieren.

Wie kann ihnen darüber hinaus geholfen werden?

Es braucht spezialisierte Organisationen. Allerdings stehen diese immer wieder vor demselben Problem: Liegt der Tatort im Ausland, was bei den meisten Betroffenen der Fall ist, wird die Opferhilfe nicht finanziert. Gemäss der Europarats-Konventionen gegen Menschenhandel wäre die Schweiz dazu zwar verpflichtet, aber wir arbeiten immer noch daran, dass es endlich umgesetzt wird.

Zur Person



Lelia Hunziker

leitet die Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration FIZ. Für die SP politisiert sie zudem als Grossrätin im Kanton Aarau.